

Postische



Zeitung

20 Pfennig
(200 Milliarben)

September

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zitellier“, Sonntags Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funktionär, Technik und Wirtschaft, Literarisches Anzeigenblatt in Goldman, mm-Zeile 15 Pflanzg. Familien-Anzeiger Umschau, Recht und Leben, Turnen - Sport - Spiel, Für Reise und Wandlung.

Wochentlich 150 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6,50 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatz. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 10% Rabatt. Pflanzg. Familien-Anzeiger mm-Zeile 15 Pflanzg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur: (in A. H. Handelt), Carl Meißel, Berlin. Ueber- und amerikanischem Funktionär, Technik und Wirtschaft, Literarisches Anzeigenblatt in Goldman, mm-Zeile 15 Pflanzg. Familien-Anzeiger Umschau, Recht und Leben, Turnen - Sport - Spiel, Für Reise und Wandlung.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8600 - 8605, für den Zentralverlag Amt Dönhofs 8608 - 8610. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfach-Zentrale Berlin 626

Macdonalds Vorstoß gegen Baldwin.

Die Adressdebatte im Unterhaus

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

London, 15. Januar.

Bei frühzeitigem Zusammenhören erlebte London heute seinen alljährlichen Colloquium anlässlich der Parlamentseröffnung durch das Königs-paar. Der König verlas im Oberhause die Thronrede und begrüßte darin die Einigung der Regierungsbürokrasien der Reparationskommission unter amerikanischer Vermittlung als den großen Fortschritt der Lösung der Weltkonflikte und der Wahrung der ersten Stage Deutschlands. Der Freie von Stanton, das Auktionen von Langer wurde dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden. Ein Auktionen zur Bekämpfung des Drammensinfektions nach Amerika habe vor dem Adressat. Die Wortreden an englischen Offizieren an der Nordostgrenze Irlands haben zu lebhaften Beifall bei der englischen Regierung Anlass gegeben. England erwartet, daß die gelangenen Wörter behält werden und in kurzer Zeit ein Auktionen mit dem Geiste von Wilsonen getroffen werde.

Die Thronrede empfing weiter dem Parlament die Annahme hier in der Reichstagskonferenz vorgelegenen Verträge für die Kolonien und stellt fest, daß infolge der Ablehnung der Schutzpolitik bei den Wahlen diese Regierung nur in der Lage sein werde, die Arbeitslosigkeit durch den Bau von neuen Straßen und die Ausgabe von Krediten für produktive Unternehmung zu bekämpfen.

Am Nachmittag begannen im Unterhaus und im Oberhaus die Adressdebatten. Im Unterhaus verlas Herr Sir James Craig eine eingehende Rede über die Weltkonflikte, die in diesem Punkte nicht ohne Beziehung zu dem Schlußsatz zu Ende gebracht werden kann. Wie Sir Baldwin den Vorstoß machte, die Folgen des Vorstoßes und des Selbstverlebens Vorstoßes des Budgetausschusses mit konservativen Abgeordneten zu belegen, wäre er bereits heute von der Opposition gestützt worden, wenn er nicht im Laufe der Gefühlsausdrucksdebatten durch Zurückziehung seiner Randnotizen die Lebensdauer seines Kabinetts um einige Tage verlängert hätte. Die Adressdebatten wurde eingeleitet durch die Rede der beiden konservativen Abgeordneten Dr. Angus und Lord Curzon, die in wesentlichen Worten die bisherigen Leistungen der konservativen Partei als Regierungspartei priesen. Nach ihnen sprach Ramsay MacDonald, der die innere Politik, die äußere und die Wirtschaftspolitik des Kabinetts einer in der Form gemäßigten, in der Sache klaren Kritik unterwarf.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei

Ramsay MacDonald erklärte, daß seine Partei nicht dazu beitragen würde, die Regierung länger im Amte zu lassen, nachdem die Thronrede die Frage unabweisbar gestellt habe, ob die konservative Partei nach dem Abfall der Wahlen ihre Schutzpolitik aufgeben werde. Seine Partei habe unmissbar nach Befreiung der Thronrede sich entschlossen, am Donnerstag ein Mißtrauensantrag einzubringen, das folgende Wortlaut habe:

„Es ist unsere Pflicht, Eure Majestät sehr ehebiedrig darauf aufmerksam zu machen, daß die gegenwärtigen Berater Eurer Majestät nicht das Bestreben haben, das Reich zu retten.“

Der Reichstagsführer erklärte dann, er werde sich eingehend mit der gesamten Regierungspolitik des Kabinetts in seiner Programmrede über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei beschäftigen.

Lord George, der einen klaren rednerischen Erfolg hatte, sprach hauptsächlich über die englische Antwortpolitik und die deutsche Frage. Er wußte zu wissen, was es bedeutet, wenn man davon spricht, daß Deutschland gegen Frankreich einseitig habe. Wie kein die Interessen der englischen Wirtschaft bei den Verhandlungen zwischen den deutschen Industriellen und der Rhein gestört worden? Es ist ausserordentlich Bedauerliches dafür vorhanden, daß die separatistische Bewegung in der Welt als ein französisches Element der Weltöffentlichkeit unterstellt worden ist. Eine gründliche Untersuchung dieser Angelegenheit ist erforderlich. Was England betrifft, ist eine englische Antwortpolitik, die entschlossen ist, alle Rechte und Interessen des Volkes zu wahren.

Baldwin erklärte seine Rede mit einer klaren Erklärung ein, warum das Kabinetts aus verfassungsrechtlichen Gründen es für notwendig befinden habe, bis zu einer entscheidenden Sitzung des Unterhauses im Amt zu bleiben. (Der ausführliche Bericht über Baldwin's Rede folgt am Mittwochabend nicht vor 8 Uhr.)

Im Oberhaus stellte die Adressdebatten ein außerordentlich klarsprechendes Bild zwischen Lord Curzon und Lord Owen dar. Lord Owen erklärte, daß nur ein Schiedsgericht von Nutzen für die europäischen Stage vorhanden ist. Die Einigung der Geschäftsbürokrasien der Reparationskommission unter Vermittlung Amerikas und amerikanischer Beteiligung ist nur erzielt worden durch eine Einigung Englands und Frankreichs in dieser Frage. Die Reparationsfrage ist nur über ein Grund einer französisch-englischen Einigung. Die Anstalten in Europa seien sehr düster: Deutschland im Verfall begriffen, Rußland ein Verfall unter den Wölfen, die kleine Entente ein mit Frankreich verbündeter besessener Staat in Mittelamerika. Der Kontinent befände sich demnach wieder auf dem Wege, der 1914 zu der Katastrophe des Weltkrieges geführt habe. Viele neue Konstellation ist nur von dem ungeheuren Fortschritt Frankreichs bedingt.

Der Reichstagsführer sprach von Frankreich dazu benutzt worden, den vertriebenen amerikanischen Garantievertrag auf Kosten der vertriebenen Deutschen zu erzielen. Eine Politik der Furcht, die zu den gefährlichen Abhängigkeiten Anlaß gab, könne nur überwunden werden durch eine mit militärischen Mitteln konsequente durchgeführte Friedenspolitik des Britenreiches. Jeder europäischen Staat müsse gewonnen werden, die Völkerverbindungen vorbehaltlos anzunehmen. Jeder Versuch, die Gebungen zu überfordern, müsse mit militärischer Macht von allen übrigen Mitgliedern des Bundes gegen das widerpolitische Mitglied verhandelt werden.

Owen und Curzon gegen die Separatisten.

Lord Owen verlangte, daß die Militären im Rheinlande keine separatistische Bewegung energisch bekämpfen sollten, die nicht auf geordneten Wege verlaufe, eine Völkerverbindung zu vermitteln. Owen erklärte, daß er insbesondere für die Außenpolitik keinerlei Befürwortungen habe, wenn ein Arbeiterkabinetts ans Auktionen kommen sollte. Die neuen Männer würden mit neuen Methoden vorgehen. Die Frage sei, größere Schritte notwendig, als die alten Separatisten. Um die Zustände der englischen Außenpolitik aufzuklären, ist erforderlich, daß jeder Außenminister die Führer der Oppositionspartei über die Tätigkeit seines Amtes vertraulich informiert, damit kein Amtsnachfolger vollständig unterrichtet über die außenpolitischen Fragen sei.

Lord Curzon wendete sich zuerst gegen die Auffassung, daß Englands Prestige gestürzt sei durch den Frieden mit der Türkei, den Langer-Vortrag und das Auktionen mit Amerika über die Weltkonflikte.

Curzon erklärte dann mit erheblicher Stimme, daß er unbedingt am Grundhalt festhalte, daß nur die Aufrechterhaltung der Entente und die Einigung mit Frankreich eine befriedigende Lösung der europäischen Probleme ermöglichen werde. Alle Schwierigkeiten, die in den letzten Jahren aus dem englischen Auktionen Amt abgeleitet wurden, legen Zeugnis davon ab, welche außerordentliche Feindschaft und Ueberzeugung es angebracht hat, um die Friedensvermittlung zu lösen. Sein Auktionen Amt sei alles, was er findet, verwerflich. So gibt er nun darum, die Urkunden der englischen Außenpolitik der Weltöffentlichkeit zu machen. Von der Arbeit der Sonderkommissionen der Reparationskommission erweist Curzon eine kluge und überblickliche Zusammenfassung über die Stage Deutschlands und über die Lösung der Reparationsstage. Dann wendete sich der englische Außenminister gegen die separatistische Bewegung, die eine Weltbewegung ist, sondern von wahren amerikanischen Elementen der Bevölkerung inspiriert würde. Lord Curzon erklärte sich mit jedem Wort, das Lord Owen über diese Bewegung gesagt habe, einverstanden und mit der Notwendigkeit, energische Maßnahmen gegen denartige Unternehmungen zu ergreifen.

England habe gegen die Anerkennung der Verbordnungen dieser Regierung protestiert, weil die Weltkonfliktekommission überhaupt nicht das Recht habe, zur Intervention in die Weltkonflikte Stellung zu nehmen, sondern nur dazu da sei, über die Sicherheit der Besatzungstruppen zu wachen. Frankreichs Widerstand gegen eine englische Garantie in der Welt durch den schädlichen englischen Kontinuum sei unbestreitbar.

Zum Schluß erklärte Lord Curzon, daß, solange die Arbeiterpartei wieder die Interessen des Empire vertreten werde, das Oberhaus in einer parteipolitischen Widerstandspolitik verbleibe.

Militärkontrolle und Völkerbund.

St. O.

Dr. Hans Wehner.

Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 9. Januar an die interalliierte Militärkontrollkommission ausgeführt, die Kontrollkommission habe ihre Aufgabe, soweit diese sie mit militärischen Stellen in persönliche Berührung bringe, beendet; statt der bisherigen Kontrolle der hierauf bezüglichen Abfertigungsbestimmungen durch die Kontrollkommission träte in Zukunft nur eine vom Fall zu Fall aus besonderen Gründen vom Stabe des Völkerbundes anzuordnende Untersuchung in Frage. Die Kontrollkommission träte sich lediglich noch mit Aufgaben zu befassen, die die Volkshoheitserklärung als offene Angelegenheit habe und die keine Befugnisse bei militärischen Stellen erforderten.

Der deutsche Völkerbund zugrunde liegende Gehalte, daß die interalliierte Militärkontrollkommission lediglich zur Kontrolle der einmaligen Durchführung, nicht aber zur dauernden Überwachung der Abfertigungsbestimmungen befugt ist, erscheint ohne Zweifel zurechtend. Denn Art. 203 des Friedensvertrages hat, daß diejenigen Abfertigungsbestimmungen, für deren Durchführung eine zeitliche Grenze festgesetzt ist (als) Durchführung des Heeres auf 100.000 Mann. Fortgeführt wird der Entwurf, die Durchführung der Abfertigungsbestimmungen, Berichtigung der militärischen Angaben, Schließen von Befehlen, Befähigung der Befehlshaberstellen für Offiziere und Sprengstoffe, von Deutschland unter Überwachung interalliiertem Ausschüsse „durchzuführen“ sind, während Art. 213 Deutschland ganz allgemein die Verpflichtung auferlegt, seine Unternehmung zu dulden, die der Stab des Völkerbundes mit Befugnissebedarf für notwendig erachtet.

Im einzelnen kann freilich zunächst zweifelhaft sein, in welchem zeitlichen Bereich die Überwachung der Kontrollkommission und die Unternehmung des Völkerbundes auszuüben seien. Nach der Völkerbundakte eine Unternehmung anordnen, solange die Kontrollkommission noch im Tätigkeit befindet? Der Völkerbund selbst hat diese Frage mit Unentschiedenheit verneint. So hat am 25. Februar 1921 bei der fünften Sitzung des Völkerbundes Lord Bourgeois erklärt, die Frage der Ausführung der auf die Abfertigung der Zentralämter bezüglichen Klauseln der Friedensverträge gelte nicht zur Befugnisse des Völkerbundes; die Befugnisse hierfür liegen allein bei den Generalstaaten des Friedensvertrages. Erst nach der Durchführung der Abfertigungsbestimmungen dürfte der Völkerbund seine in der Verträge vorgesehene Befugnisse der Unternehmung ausüben. (C'est seulement lorsque ce désarmement aura été réalisé que la Société des Nations pourra avoir à exercer son pouvoir d'investigation prévu par les traités.) Comité rendu de la douzième session du conseil S. 16 (Séance 105.) Ähnliche Gehalte sind im später noch wiederholt, insbesondere während der zweiten Generalversammlung, zum Ausdruck gebracht worden. Allerdings wurde die Unternehmung einer Unternehmung durch den Völkerbund erst für den Zeitpunkt ins Auge gefaßt, daß die Kontrollkommission ihre Tätigkeit beenden hätte.

Aus den Akten des Völkerbundes ergibt sich weiterhin, daß man sowohl in den Kreisen der Volkshoheitserklärung wie des Völkerbundes mit einer Beendigung der Kontrolle der Kontrollkommission rechnete, selbst wenn Deutschland noch nicht in Art. 114 die Punkte des Vertrages ausgeführt habe. Am 8. März 1921 teilte nämlich der Generaldirektor der Volkshoheitserklärung dem Völkerbundesdirektariat mit, daß die Kontrollkommission nach Beendigung ihrer Befugnisse die Befugnisse militärischen Abfertigungsbestimmungen des Völkerbundes Geschäftsbereich erhalten sollten, der zu enthalten habe: 1. die Angelegenheiten der Tätigkeit der Kontrollkommission, 2. die militärische Situation der früher feindlichen Macht im Augenblick der Beendigung der Befugnisse der Kontrollkommission, 3. eine Mitteilung der Punkte, welche beauftragt werden deren der Vertrag nicht ausgeführt worden sei und 4. einen Bericht über das von den Militären ausgeführte Material. Die ständige Abfertigungsbestimmungen des Völkerbundes wurde hierauf am 27. Juni 1921 dem Völkerbundesamt ein Gutachten, deren gegeben wurde, der Geschäftsbereich der Kontrollkommission solle noch um die Abfertigungsbestimmungen, auf ihre Tätigkeit bezüglicher Dokumente ergänzt werden, damit möge der Völkerbund im voraus alle finanziellen Maßnahmen ins Auge fassen, um mitgeteilte eine schnelle Abfertigung der Unternehmungskommission des Völkerbundes zu ermöglichen. (Deuxième Assemblée, Séances plénières S. 181.)

Man kann also danach die Auffassung des Völkerbundes dahin präzisieren, daß die Unternehmung der deutschen Ab-